

# Antragsbereich U: Umwelt, Verkehrspolitik & Mobilität

## Antrag U4\_19/1

---

1 **Antragssteller\*in:** Juso-Hochschulgruppen Berlin

## 2 **U4\_19/1 „Fridays for Future“ – Politisierung einer** 3 **Generation?**

### 4 **Was ist „Fridays for Future“?**

5 „Skolstrejk för klimatet“ – das ist die ursprüngliche schwedische Bezeichnung für die globale Bewegung  
6 von Schüler\*innen und jungen Menschen, die sich für den Klimaschutz einsetzt.

7 Initiiert wurde der „Schulstreik für das Klima“ von der schwedischen Schülerin Greta Thunberg, die  
8 erstmals am 20. August 2018 den Unterrichtsbesuche verweigerte. Die damals 15-jährige  
9 Klimaschutzaktivistin saß anschließend, zunächst für einen Zeitraum von drei Wochen, täglich während  
10 der Unterrichtszeit vor dem schwedischen Parlamentsgebäude. Durch ihren Protest erzeugte sie  
11 weltweit Aufmerksamkeit, sodass sich in verschiedenen Städten auf der ganzen Welt Gruppen bildeten,  
12 die sich der von ihr initiierten Bewegung anschlossen. Nach ihrem Vorbild gehen Schüler\*innen freitags  
13 während der Unterrichtszeit auf die Straßen und protestieren für eine verantwortungsvollere  
14 Klimapolitik. Die Demonstrierenden sind zu fast 60 % weiblich, haben zu etwa 40 % keine Parteipräferenz  
15 und streben mehrheitlich einen Hochschulabschluss an.

16 In Deutschland wurde das erste Mal am 7. Dezember 2018 in Bad Segeberg gestreikt. Darauf folgte der  
17 Streik am 14. Dezember 2018 in Kiel und erlangte erstmals große mediale Aufmerksamkeit.

### 18 **Was sind die Positionen und Ziele der Bewegung?**

19 „Handelt endlich, damit wir eine Zukunft haben!“ – Ziel ist es, auf klimapolitische Missstände  
20 aufmerksam zu machen und die verantwortlichen Politiker\*innen zum Handeln zu bewegen. Fridays For  
21 Future Deutschland fordert die Regierungen auf Kommunal-, Landes-, und Bundesebene auf, die  
22 Klimakrise als solche zu benennen und sofortige Handlungsinitiative auf allen Ebenen zu ergreifen.

23 Insbesondere soll die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens sichergestellt werden, welches im  
24 Dezember 2015 auf der UN-Klimakonferenz in Paris verabschiedet wurde und vorsieht, die  
25 menschengemachte globale Erwärmung auf deutlich unter 2 °C gegenüber vorindustriellen Werten zu  
26 begrenzen.

27 Am 8. April 2019 veröffentlichte „Fridays for Future“ Deutschland im Rahmen einer Pressekonferenz  
28 einen Forderungskatalog.

29 Noch bis Ende des Jahres 2019 sollen folgende Punkte umgesetzt werden:

- 30 • Abschaffung der Subventionen für fossile Energien
- 31 • Abschaltung von einem Viertel aller Kohlekraftwerke
- 32 • Einführung einer Kohlenstoff-Steuer auf alle Treibhausgasemissionen, die die Klimaschäden  
33 kompensiert, nach Umweltbundesamt mit einem CO<sub>2</sub>-Preis von ca. 180 Euro pro Tonne

34 Langfristig setzt sich FridaysForFuture für die Verwirklichung folgender Ziele ein:

- 35 • Senkung der Treibhausgasemissionen in Deutschland bis 2035 auf Netto Null
- 36 • Ausstieg aus der Kohleenergie bis 2030
- 37 • 100 % erneuerbare Energien in der Energieversorgung bis 2035

38 Wir schließen uns den Zielen an, wobei jedoch entscheidend ist, dass die Umsetzung dieser  
39 Forderungen sozial verträglich gestaltet wird und keinesfalls zu Lasten von Menschen mit geringem  
40 Einkommen gehen darf. Ebenso muss in allen Entscheidungen berücksichtigt werden, dass der  
41 Klimawandel eine globale Gefahr mit globalen Auswirkungen darstellt und weltweit die ärmsten  
42 Menschen am stärksten unter den Folgen leiden. Der Staat muss seiner Verantwortung gegenüber der  
43 Umwelt und den nachfolgenden Generationen im Sinne von Artikel 20a des Grundgesetzes und der  
44 Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gerecht werden.

#### 45 **Gibt es Unterstützung aus der Wissenschaft?**

46 Die Schüler\*inneninitiative "Fridays for Future" bekommt Unterstützung aus der Wissenschaft.  
47 Tausende Wissenschaftler\*innen stellen sich hinter die Proteste.

48 Unter dem Namen "Scientists for Future" haben bislang mehr als 12.000 Wissenschaftler\*innen das  
49 Anliegen der jungen Menschen unterstützt.

50 Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen reichen die derzeitigen Maßnahmen zum Klima-, Arten-, Wald-,  
51 Meeres- und Bodenschutz nicht aus. Jedoch scheinen die Politiker\*innen die Warnungen in der  
52 Vergangenheit nicht ernst genug genommen zu haben.

#### 53 **Klimaschutz nicht den Profis überlassen!**

54 Bildungsministerin Anja Karliczek (CDU) hat in Statements in den Medien die Einhaltung der Schulpflicht  
55 angemahnt. Zwar begrüße die CDU-Politikerin, dass sich Schüler\*innen gesellschaftlich für Klima- und  
56 Umweltschutz engagierten. Trotzdem gelte: „Auch unterstützenswertes Engagement gehört in die  
57 Freizeit und rechtfertigt nicht das Schulschwänzen.“

58 Wir zeigen uns solidarisch mit den Aktivist\*innen von „Fridays for Future“ und unterstützen die weltweite  
59 Bewegung für eine verantwortungsbewusste Klima- und Umweltpolitik.

60 Hochschulen nehmen in diesem Kontext eine besondere Rolle ein, denn an diesen werden die  
61 notwendigen Energiekonzepte und Technologien entwickelt, die benötigt werden, die Ziele der „Fridays  
62 for Future“-Bewegung zu umzusetzen. Forschung dient dazu, die Lebensbedingungen aller Menschen  
63 zu verbessern. Die Hochschulen müssen sich dieser Verantwortung bewusstwerden und  
64 dementsprechend handeln.

65 Wie als Juso-Hochschulgruppen müssen uns an den Hochschulen für die Ziele der Schüler\*innen stark  
66 machen und uns sowohl in der Politik als auch Studierende in der Forschung an der Entwicklung  
67 innovativer Lösungsansätze beteiligen.

68 Vor wenigen Jahren dachte man, dass Schüler\*innen zu unpolitisch sind. Heute haben manche  
69 regelrechte Angst, dass sie zu politisch werden. Jugendliche schwänzen die Schule, weil für sie ein  
70 „Friday for Future“ drängender ist als ein Freitag mit Differentialgleichungen und Gedichtsanalysen. Die  
71 Bildungsministerin und ihre Länderkolleg\*innen pochen auf die Schulpflicht, so als würden die  
72 Schüler\*innen dem Unterricht fernbleiben, um Smartphone-Games zu spielen, dabei verkennt der  
73 Paternalismus der Bildungsminister\*innen den Bildungsauftrag der Schulen. Die Schüler\*innen erfahren  
74 durch die Proteste, was es heißt, sich in die Gesellschaft einzubringen. Es wäre ein fatales Signal, den  
75 Protestierenden mit Bußgeldern oder Geldstrafen für das Fernbleiben vom Unterricht zu drohen.

- 76 Vielmehr sollte es als Chance begriffen werden, dass eine neue Generation aufwächst, die sich in das  
77 politische Geschehen einmischt und ungemütlich ist.